

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Entwurf

eines Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2009/2010

1. Inhalt des Gesetzentwurfs

Die Dienst- und Versorgungsbezüge sind zuletzt mit Wirkung vom 1. Januar 2008 durch das Hamburgische Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008 vom 11. Juli 2007 (HmbGVBl. S. 213) angepasst worden.

Mit dem Gesetzentwurf erfolgt eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 1. März 2009 auf den Besoldungsbereich. Erfasst von den Erhöhungen werden alle Bezügebestandteile, die in der Vergangenheit regelmäßig erhöht wurden.

Wesentliche Eckpunkte des Gesetzentwurfs:

Einmalzahlung 2009 in Höhe von 40 Euro.

Ab 1. März 2009

- Erhöhung der Grundgehälter um einen Sockelbetrag von 40 Euro und anschließende lineare Erhöhung um 3,0 vom Hundert,
- Erhöhung der Amtszulagen, des Familienzuschlags sowie der allgemeinen Stellenzulage um 3,0 vom Hundert,
- Anhebung der Anwärtergrundbeträge um 60 Euro.

Ab 1. März 2010 weitere lineare Erhöhung der genannten Bezüge um 1,2 vom Hundert.

Die norddeutschen Länder haben im Rahmen des Konsultationsverfahrens keine Bedenken erhoben.

2. Kosten

Die für 2009 vorgesehene Einmalzahlung führt zu einmaligen Mehrkosten von ca. 2,3 Mio. Euro.

Die Erhöhung der Grundgehälter um einen Sockelbetrag von 40 Euro sowie die anschließende lineare Anpassung ab 1. März 2009 in Höhe von 3,0 vom Hundert im Besoldungs- und Versorgungsbereich führen zu strukturellen Mehrkosten von ca. 86,8 Mio. Euro im Jahr 2009 und ca. 103,3 Mio. Euro im Jahr 2010.

Ab 1. März 2010 ist auf Grund der weiteren linearen Erhöhung um 1,2 vom Hundert mit weiteren strukturellen Mehrkosten von ca. 22,6 Mio. Euro zu rechnen.

Die genannten Mehrbedarfe können aus den im Haushaltsplan 2009 und 2010 zentral veranschlagten Personalausgaben gedeckt werden.

Analog zum Tarifbereich fließt das für die leistungsorientierte Bezahlung im Haushalt vorgehaltene Volumen von 1 vom Hundert der jährlichen Besoldungs- und Versorgungskosten über den o.a. Sockelbetrag ab 1. März 2009 unmittelbar in die Besoldungstabellen.

Bilanzielle Auswirkungen auf die Vermögenslage der Stadt: Lineare Anpassungen im Besoldungs- und Versorgungsbereich führen grundsätzlich zu höheren Personalaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung. Zum einen steigen die laufenden Beamtenbezüge, zum anderen muss der Rückstellungsbedarf (Zuführungen und Rückstellungsbedarf) für Pensionen erhöht werden. Beides schmälert das Jahresergebnis und wirkt sich negativ auf das Eigenkapital aus.

3. Stellungnahmen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 100 HmbBG

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 100 HmbBG ist dem dbb hamburg – beamtenbund und tarifunion – (dbb hamburg), dem Deutschen Gewerkschaftsbund – Bezirk Nord – (DGB), dem Hochschullehrerbund (hלב) – Landesverband Hamburg e.V., dem Deutschen Hochschulverband (DHV) – Landesverband Hamburg, dem Hamburgischen Richterverein sowie der Vereinigung Hamburgischer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden. Es haben der Hamburgische Richterverein, die Vereinigung Hamburgischer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen, der dbb hamburg – beamtenbund und tarifunion –, der Deutsche Hochschulverband und der Deutsche Gewerkschaftsbund – Bezirk Nord – Stellung genommen. Der Hochschullehrerbund – Landesverband Hamburg e.V. (hלב) – hat keine Bedenken oder Einwendungen gegen den Gesetzentwurf und hat daher von der Einreichung einer förmlichen Stellungnahme abgesehen. Der DGB – Bezirk Nord – hat seine Zustimmung zum Gesetzentwurf am 7. April 2009 nachgereicht.

Zu den Stellungnahmen im Einzelnen:

Stellungnahme der Vereinigung Hamburgischer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen

Der Vorstand der Vereinigung Hamburgischer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen begrüße die ungeschmälerte Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten und Richter ebenso wie die zeitnahe Umsetzung. Erfreulich sei, dass keine Abzüge zur Finanzierung leistungsorientierter Besoldungsanteile mehr erfolgen sollen. Die Vereinigung sehe hierin eine Bestätigung ihrer hierzu seit langer Zeit vertretenen Position. Es müsse allerdings deutlich darauf hingewiesen werden, dass die mit dem Personalamt vorliegenden Schreiben an den Ersten Bürgermeister vom 9. Januar 2009 grundsätzlich geäußerte Kritik an der derzeitigen Richterbesoldung durch die vorgesehene Besoldungsanpassung nicht ausgeräumt werde.

Zu der Stellungnahme ist Folgendes anzumerken:

Die geäußerte Kritik an der derzeitigen Richterbesoldung ist nicht Gegenstand dieses Gesetzgebungsverfahrens. Es ist vorgesehen, zu vorliegenden Anträgen auf amtsangemessene Besoldung Musterverfahren zu führen.

Stellungnahme des Hamburgischen Richtervereins

„Der Hamburgische Richterverein begrüßt, dass es zu der längst überfälligen Gehaltserhöhung für Richter und Staatsanwälte ab 1.3.2009 für die Jahre 2009 und 2010 kommen soll.

Der Hamburgische Richterverein weist jedoch darauf hin, dass die beabsichtigte Übertragung des Tarifabschlusses auf die Richter und Staatsanwälte in keiner Weise geeignet ist, deren amtsunangemessene Besoldung zu beheben. Die anhängigen Verfahren auf Zahlung einer amtsangemessenen Besoldung für das Jahr 2008 werden durch das Gesetz nicht berührt.

Es gibt keine triftige Begründung dafür, einen Gehaltsabschluss, der wesentlich bestimmt worden ist von den (nachvollziehbaren) Bedürfnissen der gering verdienenden Mitglieder des öffentlichen Dienstes eins zu eins auf Richter und Staatsanwälte zu übertragen. Die selbstständige R-Besoldung verlangt eine eigenständige Gehaltsanpassung, die der besonderen Qualifikation des so besoldeten Berufsstandes, seinem hohen Ansehen in der Öffentlichkeit und seiner herausragenden Leistung für Sicherheit und Ordnung gerecht wird.

Die vorgesehene Gehaltsanpassung führt zu nicht begründbaren Ungleichbehandlungen:

- Der Sockelbetrag bedingt für junge Richter der Gehaltsstufe R 1 eine Gehaltserhöhung von ca. 4,3%. Ältere Richter derselben Gehaltsstufe erhalten hingegen lediglich ca. 3,8%.
- Für höhere Gehaltsstufen ist die Gehaltserhöhung noch niedriger. Im R 3 – Bereich beträgt die Erhöhung lediglich 3,7%.

Mit Umstellung der bisherigen Lebensaltersstufen auf Erfahrungsstufen besteht die Gefahr, dass die Gehaltserhöhung für eine Vielzahl der betroffenen Richter sich nicht auswirken wird. Im Rahmen der Umstellung muss unbedingt ein zumindest gleiches (Lebens-) Einkommen sichergestellt werden.“

Zu der Stellungnahme ist Folgendes anzumerken:

Der Forderung nach einer eigenständigen Gehaltsanpassung für die R-Besoldung kann nicht entsprochen werden. Mit dem vorgesehenen Sockelbetrag von 40 Euro wird das Prinzip

der amts- und verantwortungsgerechten Besoldung nicht ausgehöhlt. Das Besoldungsgefüge bleibt im Rahmen des verfassungsrechtlich anerkannten gesetzgeberischen Gestaltungsspielraums erhalten.

Stellungnahme des dbb hamburg – beamtenbund und tarifunion

„Allgemeines:

Der dbb hamburg begrüßt grundsätzlich die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 01.03.2009 auf die Beamtinnen und Beamten sowie auf die Versorgungsempfänger im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg.

Damit wird einer jahrelangen Forderung des dbb hamburg entsprochen, wonach ein weiteres finanzielles Abkoppeln der Beamtenschaft von den Tarifbeschäftigten nicht hinnehmbar und für die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen auch nicht vermittelbar gewesen wäre.

Der dbb hamburg fordert mit Nachdruck, auch die zukünftigen Tarifverhandlungsergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenschaft zu übertragen, weil damit die Akzeptanz und Motivation gesteigert wird und die vom Senat so oft propagierte Einheitlichkeit im öffentlichen Dienst annähernd gewahrt bleibt.

Rückblickend auf das Hamburgische Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008 bleibt festzustellen, dass die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger einen offenkundigen Besoldungs- und Versorgungsnachholbedarf von einem Prozentpunkt haben, weil das damalige Tarifverhandlungsergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenschaft nicht übernommen wurde. Begründet wurde die damalige 1%ige Absenkung der linearen Anpassung mit der beabsichtigten Einführung von leistungsorientierten Bezahlungselementen (LOB), obwohl die Tarifbeschäftigten neben der linearen Einkommenserhöhung von 2,9% die LOB „on top“ erhalten haben.

Für den dbb hamburg war diese Begründung bereits damals mehr als fadenscheinig gewesen, denn die Willkür des unangemessen niedrigen Ansatzes wurde in der Entwurfsbegründung durch einen „Taschenspielertrick“ verborgen, indem die Illusion des Gleichklanges mit dem Tarifergebnis abzüglich der Finanzierung von LOB erweckt wurde.

Nun soll die wegfallende LOB sowohl für den Tarif- als auch für den Beamtenbereich in den zum 01.03.2009 vorgesehenen Sockelbetrag von 40,- € einfließen. Dagegen werden grundsätzlich keine Bedenken vom dbb hamburg erhoben; es bleibt jedoch für den Beamtenbereich – und zwar unabhängig von der Einarbeitung der LOB in das Bezahlungsgefüge – ein Einkommens- und Alimentationsrückstand von 1%.

Im Einzelnen:

§ 2

Erhöhung der Dienstbezüge und sonstige Bezüge ab dem 01. März 2009

Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Begründung ist der Absatz 1, Satz 1 wie folgt zu fassen:

(1) Ab dem 01. März 2009 werden erhöht

1. Die Grundgehaltssätze um 1 % und jeweils um 40 €
2. Die Anwärtergrundbeträge um jeweils 60 € ...
3. Um 3 v.H. ...

Mit dieser Änderung wird bereits von Seiten des dbb hamburg ein Verzicht auf eine rückwirkende Erhöhung um

1 Prozentpunkt für den Zeitraum vom 01.01.2008 bis 28.02.2009 ausgeübt.

§ 8

Erhöhung der Dienstbezüge und sonstige Bezüge
ab dem 01. März 2010

Im Absatz 3 soll lediglich eine 1%ige Erhöhung vorgenommen werden; in der Begründung wird jedoch die Zahl 1,2% genannt. Der dbb hamburg geht davon aus, dass tatsächlich 1,2% gemeint ist.“

Zu der Stellungnahme ist Folgendes anzumerken:

Die Besoldung wird entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung durch Gesetz regelmäßig angepasst. Bei der Konkretisierung der amtsangemessenen Alimentierung hat der Gesetzgeber nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts einen weiten Entscheidungsspielraum. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht eine einheitliche – nach gleichen Maßstäben ausgerichtete – Einmalzahlung/Anpassung durch einen Sockelbetrag und lineare Anpassung für alle Beamtinnen, Beamten, Richterinnen, Richter, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger vor, indem das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf den Besoldungs- und Versorgungsbereich übertragen wird. Für eine darüber hinausgehende lineare Erhöhung der Grundgehaltssätze von einem Prozentpunkt ist daher kein Raum.

Zu § 8 ist die Zahl 1 richtig; die Auslandsdienstbezüge werden – da 2010 kein Sockelbetrag zu berücksichtigen ist – wie in den Jahren vor 2009 nur mit 85 vom Hundert des Anpassungssatzes angepasst. Die Begründung zu § 8 ist entsprechend berichtigt worden.

Stellungnahme des Deutschen Hochschulverbandes

„1. Der Deutsche Hochschulverband – Landesverband Hamburg – (DHV) begrüßt grundsätzlich die vom Landesgesetzgeber mit dem Entwurf eines Hamburgischen Besoldungs- und Anpassungsgesetzes 2009/2010 intendierte Übernahme des Tarifabschlusses für die Beschäftigten der Länder auf den Beamten- und Richterbereich. Der DHV appelliert an dieser Stelle aber nochmals an den Landesgesetzgeber, die nach wie vor bestehende Verletzung des Alimentationsprinzips durch die derzeitige Ausgestaltung der W-Besoldung nunmehr zu beseitigen. Der DHV hatte diese Thematik im Jahre 2009 bereits in seiner Stellungnahme zu den „Eckpunkten für eine Dienstrechtsreform in Hamburg – Besoldung und Versorgung“ und dem „Gesetz zur Neuregelung des Hamburgischen Beamtenrechts“ dargelegt. Der DHV darf an dieser Stelle nochmals vortragen, dass es zur Sicherstellung einer amtsangemessenen Alimentierung im Bereich der W-Besoldung zuvörderst auf eine Anhebung der Grundgehälter ankommt. Der DHV hat hierzu bereits konkrete und auch finanzierbare Vorschläge unterbreitet. Ausgehend vom Stand der Besoldungen im Jahre 2004 hat der DHV zuletzt im Rahmen einer Resolution des 57. Hochschulverbandstages 2007 gefordert, das Grundgehalt in W 3 auf 5.300 Euro anzuheben. Dies verknüpft der DHV mit der Vorstellung, dem Beispiel Baden-Württembergs zu folgen und für den Bereich der Universitäten und diesen gleichgestellten Hochschulen ausschließlich W 3-Professuren auszubringen. So lange es noch W 2-Universitätsprofessuren gibt, ist nach Ansicht des DHV als Sofortmaßnahme das W 2-Grundgehalt auf 4.700 Euro (Stand der Besoldung: 2004) aufzustocken. Nach Inkraftsetzung des hier vorliegenden Entwurfs eines Hamburgischen Besoldungs- und Ver-

sorgungsanpassungsgesetzes 2009/2010 müsste demzufolge das Grundgehalt der Universitätsprofessuren (W 3) mit mindestens 5.500 Euro monatlich beziffert werden. Insoweit ist der Hamburgische Landesgesetzgeber aufgefordert, diese Grundbesoldung dementsprechend zu erhöhen.

2. Der DHV fordert den Hamburgischen Landesgesetzgeber an dieser Stelle weiterhin dazu auf, die Vergabemöglichkeit einer Forschungs- und Lehrzulage gem. § 6 Abs. 1 Satz 1 Hochschul-Leistungsbezügeverordnung auch auf Professoren in der Besoldungsordnung C zu erstrecken. Weiterhin ist der Hamburgische Landesgesetzgeber aufgefordert, die de lege lata bestehende Beschränkung der Vergabemöglichkeit einer Forschungs- und Lehrzulage aus Mitteln privater Dritter insoweit zu öffnen, als dass de lege ferenda nur noch von Mitteln Dritter gesprochen wird. Durch eine derartige gesetzgeberische Maßnahme – die den Finanzhaushalt der Freien und Hansestadt Hamburg nicht belastet – wird die Wettbewerbsfähigkeit der hamburgischen Universitäten im Zuge vermehrter Drittmittelwerbungen gestärkt werden.“

Zu der Stellungnahme ist Folgendes anzumerken:

Der DHV erhebt wiederholt Forderungen, die er bereits in früheren Beteiligungsverfahren wie der Neufassung der Hochschul-Leistungsbezügeverordnung geltend gemacht hat.

- Die Struktur der W-Besoldung und damit einhergehend eine eventuelle Erhöhung der Grundgehälter,
- die Frage der Ausbringung ausschließlich von W 3-Stellen an der Universität sowie
- die Forderung, die Forschungs- und Lehrzulagen nach § 6 Hochschul-Leistungsbezügeverordnung auch für die C-Besoldung zu öffnen,

sind nicht Gegenstand dieses Gesetzgebungsverfahrens.

Der Forderung, die Vergabemöglichkeit einer Forschungs- und Lehrzulage zu öffnen, soll entsprochen werden: Der Entwurf eines neuen Hamburgischen Besoldungsgesetzes sieht vor, dass Forschungs- und Lehrzulagen auch aus öffentlichen Drittmitteln gewährt werden können, soweit diese eine entsprechende Zweckbindung enthalten.

Stellungnahme des DGB - Bezirk Nord

„Nach dem Ergebnis der gestrigen Beratung des Gesetzesentwurfes in der Hamburger Beamtenkommission des DGB darf ich Ihnen unsere Zustimmung mitteilen. Der DGB würde es begrüßen, wenn der Senat sich entschließen könnte, die Übertragung von Tarifverhandlungsergebnissen auf Besoldung und Versorgung stets rasch vorzunehmen.

Wir verbinden die Zustimmung mit der Erwartung, dass entsprechende Abschlagszahlungen möglichst bereits im Mai realisiert werden.“

Zu der Stellungnahme ist Folgendes anzumerken:

Eine Zahlung im Mai 2009 wird nicht realisiert. Abhängig von der Beschlussempfehlung des zuständigen bürgerschaftlichen Ausschusses zum Gesetzentwurf ist beabsichtigt, eine Vorgriffzahlung zum Juli 2009 vorzusehen.

Der Senat hält an seinem Vorhaben fest.

Petition

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft möge das folgende Gesetz beschließen.

Hamburgisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2009/2010 (HmbBVAnpG 2009/2010)

Vom

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. die Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg,
2. die Richterinnen und Richter der Freien und Hansestadt Hamburg,
3. die Beamtinnen und Beamten der der Aufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,
4. die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, denen laufende Versorgungsbezüge zustehen, die die Freie und Hansestadt Hamburg oder eine der Aufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg unterstehende Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts zu tragen hat.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für

1. die ehrenamtlichen Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg,
2. die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Freien und Hansestadt Hamburg,
3. die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Verbände.

§ 2

Erhöhung der Dienstbezüge und sonstiger Bezüge ab dem 1. März 2009

(1) Ab dem 1. März 2009 werden erhöht

1. die Grundgehaltssätze um jeweils 40 Euro und
2. die Anwärtergrundbeträge um jeweils 60 Euro sowie
3. um 3 vom Hundert
 - a) die nach Nummer 1 erhöhten Grundgehaltssätze,
 - b) der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeiträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
 - c) die Amtszulagen sowie die allgemeinen Stellenzulagen nach Vorbemerkung Nummer 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B, ausgehend von den sich aus den Anlagen 1 bis 7 des Hamburgischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2007/2008 (HmbBVAnpG 2007/2008) vom 11. Juli 2007 (HmbGVBl. S. 213), zuletzt geändert am 9. September 2008 (HmbGVBl. S. 327), ergebenden Beträgen,
 - d) die Leistungsbezüge nach § 33 Absatz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) in der Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3022) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, soweit sie in der Hochschul-Leistungsbezügeverordnung vom 15. Juli 2008 (HmbGVBl. S. 253) für dynamisch erklärt worden sind,
 - e) die sich aus der Anlage 8 des HmbBVAnpG 2007/2008 ergebenden Beträge zu § 4 Absätze 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für

Beamte (MVergV) in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3495), in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, sowie

- f) der sich aus der Anlage 9 des HmbBVAnpG 2007/2008 ergebende Betrag zu § 4 Absatz 1 Nummer 1 der Erschwerniszulagenverordnung (EZulV) in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3498), in der am 31. August 2006 geltenden Fassung.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die in der Anlage 1 des Hamburgischen Besoldungsgesetzes (HmbBesG) in der Fassung vom 22. Mai 1978 (HmbGVBl. S. 169, 203), zuletzt geändert am 17. Februar 2009 (HmbGVBl. S. 29, 33), in der jeweils geltenden Fassung genannten Ämter.

(3) Ab dem 1. März 2009 werden um 3 vom Hundert die sich aus den Anlagen 10 bis 18 HmbBVAnpG 2007/2008 ergebenden Beträge des Auslandszuschlags und des Auslandskinderzuschlags erhöht.

(4) Die erhöhten Beträge zu Absatz 1 Nummern 1 und 2, Nummer 3 Buchstaben a bis c, e und f sowie Absatz 3 ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 18 dieses Gesetzes.

§ 3

Anpassung von Bezügen nach fortgeltendem Recht

Die Erhöhung nach § 2 Absatz 1 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
 - b) in den Zwischenbesoldungsgruppen,
 - c) der nach § 8 HmbBesG künftig wegfallenden Ämter;
2. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer;
3. die Grundgehaltssätze der gemäß § 77 Absätze 2 und 3 BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung fortgeltenden Bundesbesoldungsordnung C gemäß Anlage IV in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung mit den am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Beträgen (Anlage 19 HmbBVAnpG 2007/2008);
4. die
 - a) in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummern 1 und 2 gemäß Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes mit den am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Beträgen sowie
 - b) die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 2b gemäß Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes mit dem am Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Betrag (Anlage 19 HmbBVAnpG 2007/2008).

Die zum 1. März 2009 erhöhten Beträge zu Nummer 3 und Nummer 4 Buchstabe b ergeben sich aus der Anlage 19.

§ 4

Einmalzahlung im Jahr 2009

(1) Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter, deren Dienstverhältnis am 2. Januar 2009 bestanden hat und die im Monat Februar 2009 Dienstbezüge erhalten haben, erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 40 Euro.

(2) Bei Teilzeitbeschäftigung wird die Einmalzahlung im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit gekürzt. Maßgebend für die Kürzung nach Satz 1 sind die Verhältnisse am 1. Februar 2009.

(3) Die Einmalzahlung wird jeder bzw. jedem Berechtigten nur einmal gewährt; bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 BBesG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung entsprechend. Sie bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt.

§ 5

Erhöhung der Versorgungsbezüge ab dem 1. März 2009

(1) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 2 Absatz 1 entsprechend für die in den §§ 2 und 3 genannten Bezügebestandteile, sofern sie der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge zugrunde liegen.

(2) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. März 2009 um 50,08 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Absatz 1 Buchstabe a oder b der Bundesbesoldungsordnungen A und B bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

(3) Die Erhöhung nach Absatz 1 ist die fünfte auf den 31. Dezember 2002 folgende Anpassung der Versorgungsbezüge im Sinne des § 69e Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) in der Fassung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 323, 847, 2033) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung.

§ 6

Einmalzahlung an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Jahr 2009

(1) Am 1. Februar 2009 vorhandene Empfängerinnen und Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen erhalten eine Einmalzahlung, die sich nach dem jeweiligen maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 40 Euro ergibt.

(2) Zu den laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des Absatzes 1 gehören auch der Ausgleich und der Mindestbelastungsbetrag nach Artikel 2 § 2 Absätze 1 bis 3 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523),

geändert am 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666, 3128). Bei Empfängerinnen und Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz.

§ 7

Gewährung der Einmalzahlung an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

(1) Die Einmalzahlung nach § 6 führt im Auszahlungsmonat zur Erhöhung der maßgebenden Höchstgrenzen in den Ruhens- und Anrechnungsvorschriften nach den Bestimmungen des Beamtenversorgungsgesetzes.

(2) Bei der Anwendung der Ruhens- und Anrechnungsvorschriften nach den Bestimmungen des Beamtenversorgungsgesetzes ist die jeweilige Einmalzahlung oder eine entsprechende Leistung, die die oder der Versorgungsberechtigte aus einer Erwerbstätigkeit oder zu weiteren Versorgungsbezügen erhält, in dem jeweiligen Auszahlungsmonat zu berücksichtigen.

§ 8

Erhöhung der Dienstbezüge und sonstiger Bezüge ab dem 1. März 2010

(1) Ab dem 1. März 2010 werden die in § 2 Absatz 1 Nummern 2 und 3 sowie § 3 aufgeführten Dienst- und sonstigen Bezüge mit den sich nach dem 1. März 2009 ergebenden Beträgen um 1,2 vom Hundert erhöht.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die in der Anlage 1 zum Hamburgischen Besoldungsgesetz genannten Ämter.

(3) Ab dem 1. März 2010 werden die in § 2 Absatz 3 bezeichneten Auslandsdienstbezüge mit den sich nach dem 1. März 2009 aus den Anlagen 10 bis 18 ergebenden Beträgen um 1 vom Hundert erhöht.

§ 9

Erhöhung der Versorgungsbezüge ab dem 1. März 2010

(1) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 8 Absatz 1 entsprechend für die in den §§ 2 und 3 genannten Bezügebestandteile, sofern sie der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge zugrunde liegen.

(2) Die Erhöhung nach Absatz 1 ist die sechste auf den 31. Dezember 2002 folgende Anpassung der Versorgungsbezüge im Sinne des § 69e BeamtVG in der am 31. August 2006 geltenden Fassung.

(3) An die Stelle des in § 5 Absatz 2 genannten Betrages von 50,08 Euro tritt ab dem 1. März 2010 der Betrag von 50,86 Euro.

§ 10

Bekanntgabe der Beträge ab dem 1. März 2010

Der Senat wird ermächtigt, die sich aus § 8 ergebenden Beträge bekannt zu machen.

Begründung

I.

Allgemeines

Wesentliche Eckpunkte des Gesetzes sind:

Einmalzahlung 2009 in Höhe von 40 Euro.

Ab 1. März 2009

- Erhöhung der Grundgehälter um einen Sockelbetrag von 40 Euro und anschließende lineare Erhöhung um 3,0 vom Hundert,
- Erhöhung der Amtszulagen, des Familienzuschlags sowie der allgemeinen Stellszulage um 3,0 vom Hundert,
- Anhebung der Anwärtergrundbeträge um 60 Euro.

Ab 1. März 2010 weitere lineare Erhöhung der genannten Bezüge um 1,2 vom Hundert.

Die Dienst- und Versorgungsbezüge sind zuletzt mit Wirkung vom 1. Januar 2008 durch das Hamburgische Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008 (HmbBVAnpG 2007/2008) angepasst worden.

Der Gesetzentwurf sieht eine Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge der hamburgischen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen, Richter, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger vor. Dabei werden alle Bezügebestandteile erfasst, die auch in der Vergangenheit regelmäßig linear erhöht wurden.

Zur Anpassung an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes – BBesG – und § 70 des Beamtenversorgungsgesetzes – BeamtVG) soll der Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder vom 1. März 2009 vollständig für den Besoldungsbereich übernommen werden. Das bedeutet eine Einmalzahlung 2009 in Höhe von 40 Euro, die Erhöhung der Grundgehälter ab 1. März 2009 um einen Sockelbetrag von jeweils 40 Euro und darauf aufbauend eine lineare Anpassung um 3 vom Hundert ebenfalls ab dem 1. März 2009. Für Anwärterinnen und Anwärter werden ab dem 1. März 2009 die jeweiligen Grundbeträge um 60 Euro erhöht. Ab dem 1. März 2010 werden die Dienst- und Anwärterbezüge um 1,2 vom Hundert angehoben.

Eine Verminderung der Erhöhungssätze um 0,2 vom Hundert zum Aufbau der Versorgungsrücklage, wie sie § 14a Absatz 2 Satz 1 BBesG für allgemeine Bezügeanpassungen festlegt, findet nicht statt. Nach § 14a Absatz 2a BBesG ist für die auf den 31. Dezember 2002 folgenden acht allgemeinen Anpassungen (dieses Gesetz enthält die fünfte und sechste lineare Anpassung) der weitere Aufbau der Versorgungsrücklage ausgesetzt, um den Beamtinnen und Beamten die Teilnahme am Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge zu erleichtern. Dafür wird der Versorgungsrücklage die Hälfte der durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 erzielten Einsparungen zugeführt (§ 14a Absatz 3 BBesG). Ferner sind die auf den Anpassungen 1999 und 2001/2002 beruhenden Zuführungen weiter zu leisten.

Die Erhöhung ist ebenfalls Grundlage für die allgemeine Anpassung der Versorgungsbezüge. Nach dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 ist das Versorgungsniveau ab dem Jahr 2003 in acht gleichen Schritten von jeweils rund 0,54 vom Hundert um insgesamt 4,33 vom Hundert abzusenken. Die Absenkung wird dadurch erreicht, dass die linear angepassten ruhehaltfähigen Dienstbezüge jeweils mit einem Anpassungsfaktor vervielfältigt werden mit der Folge, dass die lineare

Erhöhung für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nicht in vollem Umfang wirksam wird.

Zusätzlich zu den Anpassungen wird im Jahr 2009 eine Einmalzahlung gewährt.

II.

Zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1:

Die Vorschrift regelt den Geltungsbereich dieses Gesetzes.

Zu § 2:

Absätze 1 und 2 sehen ab dem 1. März 2009 die Anhebung der Grundgehaltssätze um jeweils 40 Euro, der Anwärtergrundbeträge um jeweils 60 Euro sowie die lineare Anpassung der ausgewiesenen Dienstbezüge um 3 vom Hundert vor. Dabei werden alle Bezügebestandteile erfasst, die auch in der Vergangenheit regelmäßig linear erhöht wurden. Die Anpassung wird für alle Besoldungsgruppen zum gleichen Zeitpunkt wirksam.

Absatz 3 regelt die Erhöhung der Auslandsdienstbezüge. Es wird keine Verminderung des Anpassungssatzes (= 85 vom Hundert von 3 vom Hundert), die regelmäßig wegen immaterieller Belastungen und steuerfreier Bezügebestandteile durchgeführt wird, vorgenommen. Damit wird der Nichtberücksichtigung des Sockelbetrages bei den Auslandsdienstbezügen Rechnung getragen.

Absatz 4 weist auf die mit Wirkung vom 1. Januar 2008 in das Landesrecht überführten Besoldungstabellen in den Anlagen 1 bis 18 mit den einzelnen Zahlbeträgen hin.

Zu § 3:

Die Vorschrift regelt die Anpassung für Besoldungsbestandteile aus fortgeltenden bundes- bzw. landesrechtlichen Vorschriften. Ferner regelt sie die Anpassung der fortgeltenden, aber hinsichtlich der Anpassung bisher bereits in § 77 BBesG abschließend geregelten Bundesbesoldungsordnung C. Die nach § 77 BBesG als Bundesrecht fortgeltende Anpassungsregelung der Besoldungsordnung C gilt nicht für landesrechtliche Besoldungsanpassungen. Sie bedarf daher einer eigenen Regelung im Landesrecht.

Zu § 4:

Absatz 1 sieht für 2009 eine Einmalzahlung vor. Die Vorschrift regelt den Kreis der Anspruchsberechtigten und die Höhe.

Absatz 2 betrifft die Höhe der Einmalzahlung für Teilzeitbeschäftigte. Diese erhalten die Zahlung entsprechend der anteilig geleisteten Arbeitszeit.

Absatz 3 dient der Klarstellung in Konkurrenzfällen.

Zu § 5:

Absatz 1 enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen in § 2 Absatz 1. Die dort vorgenommenen Erhöhungen sind ebenfalls Grundlage für die allgemeine Anpassung der Versorgungsbezüge.

Absatz 2 beinhaltet Übergangsregelungen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, deren Versorgungsbezügen zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand keine allgemeine Stellszulage zugrunde lag. Mit dem Fünften Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai

1990 (BGBl. I S. 967) wurde die seinerzeitige Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nr. 27 zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B in Höhe von 67 DM ab 1. Januar 1990 in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 in das Grundgehalt integriert. Die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger waren in das neue – erhöhte – Grundgehalt überzuleiten. Da die vorgenannte Stellenzulage nicht alle Beamtinnen und Beamte und auch nicht alle Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erhalten haben, waren diese von der Erhöhung des Grundgehalts durch den Einbau der Stellenzulage auszuschließen. Der Verminderungsbetrag von ursprünglich 67 DM (s.o.) erhöht sich entsprechend den allgemeinen Erhöhungen der Versorgungsbezüge. Der ab 1. Januar 2008 mit Inkrafttreten des HmbBVAnpG 2007/2008 geltende Verminderungsbetrag (48,62 Euro), wird mit diesem Gesetz angepasst.

In Absatz 3 wird zur Klarstellung auf die weiterhin geltende Absenkung des Versorgungsniveaus aus dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 hingewiesen. Nach der mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 in das Beamtenversorgungsgesetz eingefügten Regelung des § 69e ist das Versorgungsniveau ab dem Jahr 2003 in acht gleichen Schritten von jeweils rund 0,54 vom Hundert um insgesamt 4,33 vom Hundert abzusenken. Die Absenkung wird dadurch erreicht, dass die linear angepassten ruhegehaltfähigen Dienstbezüge jeweils mit einem Anpassungsfaktor vervielfältigt werden mit der Folge, dass die lineare Erhöhung für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nicht in vollem Umfang wirksam wird. Die Versorgungsbezüge erhöhen sich damit ab dem 1. März 2009 um rund 2,46 vom Hundert. Die Hälfte der hierdurch erzielten Einsparungen wird der Versorgungsrücklage nach dem Hamburgischen Versorgungsrücklagegesetz zugeführt (§ 14a Absatz 3 BBesG). Für diesen Zeitraum entfällt auch die Bezügeminderung zum Aufbau der Versorgungsrücklage um jeweils 0,2 vom Hundert (§ 14a Absatz 2a BBesG).

Zu § 6:

Absatz 1 regelt die Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen nach Maßgabe des jeweiligen Ruhegehalts- und Anteilssatzes.

Absatz 2 regelt ergänzende Klarstellungen insbesondere im Hinblick auf Empfängerinnen und Empfänger von Mindestversorgung.

Zu § 7:

Mit der Regelung soll sichergestellt werden, dass die einmalige Zahlung jeder und jedem Berechtigten nur einmal gewährt

wird. Im Hinblick auf die Vielfalt von Kombinationsmöglichkeiten ist eine konkret auf diese Einmalzahlung bezogene Konkurrenzregelung nicht zielführend. Durch die Einbeziehung der Einmalzahlung in die versorgungsrechtlichen Ruhens- und Anrechnungsvorschriften wird zugleich dem Rechtsgedanken dieser Regelungen umfassend Rechnung getragen. Dies geschieht sowohl durch die Berücksichtigung der Einmalzahlung bei der für die jeweilige Ruhensregelung maßgebenden Höchstgrenze (Absatz 1), als auch durch die Berücksichtigung einer der Einmalzahlung vergleichbaren Leistung auf Grund eines anderen Dienst-, Amts- oder Beschäftigungsverhältnisses bei den jeweiligen Versorgungsbezügen.

Zu § 8:

Mit den Regelungen der Absätze 1 und 2 wird für den 1. März 2010 eine Anpassung um 1,2 vom Hundert vorgenommen.

Absatz 3 regelt die Erhöhung der Auslandsdienstbezüge mit einem verminderten Anpassungssatz für den Auslandszuschlag und den Auslandskinderzuschlag (= 85 vom Hundert von 1,2 vom Hundert). Die Verfahrensweise entspricht der bei den vor dem 1. März 2009 besoldungsrechtlichen Anpassungen dieser Zuschläge; hierbei wird pauschalierend berücksichtigt, dass Auslandsdienstbezüge auch immaterielle Belastungen abgelten und steuerfreie Bezügeteile enthalten.

Zu § 9:

Die für den 1. März 2010 vorgesehene Anpassung um 1,2 vom Hundert gilt auch für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Absatz 2 weist darauf hin, dass diese lineare Anpassung die sechste im Sinne des § 69e BeamtVG darstellt.

In Absatz 3 wird der Verminderungsbetrag für die in § 5 Absatz 2 genannten Fälle ebenfalls um 1,2 vom Hundert erhöht.

Zu § 10:

Im Hinblick auf das noch für dieses Jahr vorgesehene Gesetzgebungsverfahren für ein neues Hamburgisches Besoldungs- und Beamtenversorgungsgesetz wird von einer Veröffentlichung der um 1,2 vom Hundert angepassten Beträge zum jetzigen Zeitpunkt abgesehen. Der Senat wird ermächtigt, die Tabellen mit der Anpassung zum 1. März 2010 bekannt zu machen.

Anlage 1

Besoldungsordnung A

gültig ab 1. März 2009

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus						3-Jahres-Rhythmus						4-Jahres-Rhythmus													
	Stufe																									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
A 2	1.588,89	1.626,25	1.663,64	1.701,01	1.738,38	1.775,78	1.813,17																			
A 3	1.653,44	1.693,21	1.732,98	1.772,74	1.812,53	1.852,31	1.892,09																			
A 4	1.690,04	1.736,90	1.783,69	1.830,54	1.877,36	1.924,19	1.971,00																			
A 5	1.703,37	1.763,34	1.809,93	1.856,49	1.903,10	1.949,68	1.996,26	2.042,86																		
A 6	1.742,73	1.793,89	1.845,04	1.896,19	1.947,34	1.998,49	2.049,66	2.100,80	2.151,95																	
A 7	1.817,52	1.863,49	1.927,85	1.992,22	2.056,57	2.120,95	2.185,32	2.231,28	2.277,25	2.323,24																
A 8		1.928,80	1.983,79	2.066,27	2.148,76	2.231,24	2.313,74	2.368,72	2.423,70	2.478,72																
A 9		2.052,28	2.106,39	2.194,42	2.282,44	2.370,48	2.458,52	2.519,03	2.579,56	2.640,08																
A 10		2.208,14	2.283,33	2.396,11	2.508,92	2.621,70	2.734,51	2.809,70	2.884,89	2.960,07																
A 11			2.539,11	2.654,68	2.770,25	2.885,83	3.001,41	3.078,45	3.155,50	3.232,56	3.309,62															
A 12			2.727,59	2.865,40	3.003,17	3.140,96	3.278,76	3.370,61	3.462,46	3.554,32	3.646,20															
A 13			3.064,97	3.213,76	3.362,57	3.511,35	3.660,14	3.759,34	3.858,52	3.957,72	4.056,93															
A 14			3.188,24	3.381,20	3.574,15	3.767,09	3.960,04	4.088,67	4.217,30	4.345,94	4.474,58															
A 15						4.138,48	4.350,62	4.520,33	4.690,04	4.859,76	5.029,47															
A 16						4.566,52	4.811,85	5.008,14	5.204,44	5.400,69	5.596,97															

Anlage 2

Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

B 1	5.199,17
B 2	6.041,58
B 3	6.398,21
B 4	6.771,72
B 5	7.200,27
B 6	7.604,93
B 7	7.998,59
B 8	8.408,88
B 9	8.918,30
B 10	10.500,26
B 11	10.907,99

gültig ab 1. März 2009

Anlage 3

Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	3.615,34	4.124,06	4.998,96

gültig ab 1. März 2009

gültig ab 1. März 2009

Besoldungsordnung R
Grundgehaltssätze
 (Monatsbeträge in Euro)

Anlage 4

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3.288,50	3.437,31	3.515,65	3.717,69	3.919,76	4.121,81	4.323,89	4.525,95	4.728,00	4.930,07	5.132,13	5.334,21
R 2			3.999,33	4.201,39	4.403,45	4.605,52	4.807,58	5.009,64	5.211,71	5.413,75	5.615,83	5.817,85
R 3	6.398,21											
R 4	6.771,72											
R 5	7.200,27											
R 6	7.604,93											
R 7	7.998,59											
R 8	8.408,88											
R 9	8.918,30											
R 10	10.951,25											

gültig ab 1. März 2009

Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Absatz 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Absatz 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	105,20	199,71
übrige Besoldungsgruppen	110,50	205,01

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 94,51 Euro für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 242,01 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro
- ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,26 Euro
- in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro
- in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Absatz 2 Satz 1 BBesG

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 97,80 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 103,82 Euro

gültig ab 1. März 2009

Anlage 6

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach	Betrag in Euro	Dem Grunde nach	Betrag in Euro
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 27	
§ 78 bis zu	76,69	Absatz 1	
Bundesbesoldungsordnungen A und B		Buchstabe a	
Vorbemerkungen		Doppelbuchstabe aa	17,19
Nummer 6 Absatz 1		Doppelbuchstabe bb	67,26
Buchstabe a	460,16	Buchstabe b	74,75
Buchstabe b	368,13	Buchstabe c	74,75
Buchstabe c	294,50	Absatz 2	
Nummer 8		Buchstabe a	
Die Zulage beträgt für die Besoldungsgruppen		Doppelbuchstabe bb	50,09
A 2 bis A 5	115,04	Buchstabe b und c	74,75
A 6 bis A 9	153,39		
A 10 und höher	191,73	Besoldungsgruppen	
Nummer 9		Fußnote	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		A 2 1	32,11
von einem Jahr	63,69	3	59,21
von zwei Jahren	127,38	A 3 1, 5	59,21
Nummer 10 Absatz 1		2	32,11
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit		A 4 1, 4	59,21
von einem Jahr	63,69	2	32,11
von zwei Jahren	127,38	A 5 3	32,11
Nummer 12	95,53	4, 6	59,21
Nummer 21	186,28	A 6 6	32,11
Nummer 25	38,35	A 9 3	239,05
Nummer 26 Absatz 1		A 12 7, 8	138,84
Die Zulage beträgt für Beamte		A 13 7	166,56
des mittleren Dienstes	17,05	11, 12, 13	242,94
des gehobenen Dienstes	38,35	A 14 5	166,56
		A 15 7	166,56
		Bundesbesoldungsordnung R	
		Besoldungsgruppen	
		Fußnote	
		R 1 1, 2	184,14
		R 2 3 bis 8, 10	184,14
		R 3 3	184,14

Anlage 7

gültig ab 1. März 2009

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	782,48
A 5 bis A 8	893,20
A 9 bis A 11	942,70
A 12	1.070,87
A 13	1.100,02
A 13 + Zulage (Nummer 27 Absatz 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.132,05

Anlage 8

gültig ab 1. März 2009

Mehrarbeitsvergütung

(Monatsbeträge in Euro)

	bis 28. Februar 2009	ab 1. März 2009
§ 4 Absatz 1 MVergV		
A 1 bis A 4	10,15	10,45
A 5 bis A 8	11,99	12,35
A 9 bis A 12	16,46	16,95
A 13 bis A 16	22,69	23,37
§ 4 Absatz 3 MVergV		
Nummer 1	15,32	15,78
Nummer 2	18,97	19,54
Nummer 3	22,53	23,21
Nummern 4 und 5	26,32	27,11

Anlage 9

gültig ab 1. März 2009

Erschwerniszulage

(Monatsbeträge in Euro)

	bis 28. Februar 2009	ab 1. März 2009
§ 4 Absatz 1 Nummer 1 EZuIV	2,77	2,85

Anlage 10
Auslandszuschlag (§ 55 Absatz 2 BBesG)
 (Monatsbeträge in Euro)

gültig ab 1. März 2009

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	918,45	1.083,93	1.251,64	1.418,22	1.585,92	1.753,61	1.919,10	2.087,90	2.252,28	2.420,52	2.587,67	2.753,69
A 9	1.080,05	1.259,41	1.437,64	1.617,00	1.797,47	1.976,29	2.155,66	2.335,56	2.514,36	2.693,74	2.872,54	3.051,89
A 10	1.218,87	1.407,10	1.592,59	1.779,16	1.965,18	2.152,32	2.338,33	2.524,37	2.709,82	2.895,86	3.082,99	3.269,01
A 11	1.327,16	1.522,61	1.716,40	1.910,76	2.105,11	2.298,92	2.493,83	2.688,17	2.883,07	3.076,87	3.271,24	3.465,03
A 12	1.477,64	1.683,65	1.889,09	2.095,68	2.301,12	2.508,26	2.713,71	2.920,28	3.125,73	3.332,31	3.538,87	3.744,89
A 13, C 1 und W 1	1.624,79	1.839,69	2.052,91	2.267,26	2.481,03	2.695,40	2.909,75	3.123,53	3.338,43	3.551,64	3.766,56	3.980,34
A 14	1.774,71	1.996,27	2.217,84	2.439,97	2.661,52	2.883,63	3.105,20	3.326,21	3.547,75	3.769,88	3.990,88	4.211,90
A 15, C 2, W 2 und R 1	1.982,96	2.222,29	2.461,63	2.700,94	2.940,27	3.180,16	3.418,93	3.659,37	3.898,71	4.138,60	4.377,93	4.617,25
A 16 bis B 2, C 3, W 3 und R 2	2.095,10	2.346,67	2.598,21	2.849,21	3.101,87	3.352,30	3.603,85	3.855,40	4.106,94	4.359,05	4.610,04	4.861,03
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.095,10	2.355,55	2.618,75	2.881,96	3.145,19	3.409,50	3.672,70	3.936,47	4.199,67	4.463,44	4.726,66	4.989,87
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.307,25	2.599,32	2.891,42	3.182,96	3.475,01	3.767,10	4.058,63	4.350,16	4.642,81	4.933,77	5.225,30	5.518,50
B 8 und höher, R 8 und höher	2.471,62	2.801,45	3.130,19	3.460,03	3.789,33	4.119,17	4.449,56	4.778,85	5.108,71	5.437,98	5.767,82	6.097,12

gültig ab 1. März 2009 **Anlage 11**
Auslandszuschlag (§ 55 Absatz 3 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	781,31	921,77	1.063,37	1.205,53	1.348,81	1.490,41	1.631,45	1.774,18	1.914,64	2.057,90	2.199,51	2.340,56
A 9	917,35	1.070,60	1.221,65	1.374,36	1.528,72	1.680,31	1.833,02	1.985,73	2.137,32	2.290,02	2.441,62	2.593,22
A 10	1.036,18	1.196,66	1.354,37	1.512,62	1.671,44	1.829,15	1.987,94	2.146,20	2.302,80	2.461,63	2.620,98	2.778,67
A 11	1.128,35	1.293,82	1.458,75	1.624,23	1.789,70	1.955,19	2.120,11	2.285,59	2.449,96	2.614,87	2.780,92	2.944,72
A 12	1.254,96	1.431,00	1.605,89	1.780,82	1.956,86	2.131,76	2.306,14	2.481,60	2.657,62	2.832,55	3.008,02	3.182,96
A 13, C 1 und W 1	1.381,56	1.563,70	1.744,73	1.927,41	2.109,01	2.291,14	2.473,27	2.654,86	2.838,10	3.019,13	3.201,27	3.383,40
A 14	1.508,73	1.696,99	1.884,66	2.074,58	2.262,26	2.450,51	2.638,20	2.827,00	3.015,80	3.204,04	3.392,28	3.579,97
A 15, C 2, W 2 und R 1	1.685,32	1.888,54	2.091,80	2.296,14	2.500,49	2.702,61	2.905,85	3.110,74	3.314,55	3.517,77	3.721,02	3.925,36
A 16 bis B 2, C 3, W 3 und R 2	1.780,27	1.994,06	2.207,85	2.422,19	2.635,42	2.849,21	3.063,55	3.276,78	3.491,13	3.706,02	3.918,71	4.132,47
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.780,27	2.002,39	2.226,18	2.449,96	2.673,18	2.897,52	3.121,85	3.345,64	3.569,42	3.793,20	4.016,99	4.240,79
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.961,85	2.208,95	2.457,17	2.705,39	2.953,61	3.201,82	3.450,04	3.698,25	3.945,91	4.194,68	4.441,77	4.690,57
B 8 und höher, R 8 und höher	2.100,69	2.381,11	2.661,52	2.941,38	3.222,37	3.501,12	3.781,55	4.061,41	4.341,82	4.621,69	4.902,12	5.182,56

gültig ab 1. März 2009

Auslandszuschlag (§ 55 Absatz 4 Satz 1 BBesG)**Anlage 12**

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	643,59	758,53	876,81	992,87	1.110,58	1.227,19	1.343,81	1.461,53	1.577,02	1.694,74	1.811,36	1.927,98
A 9	755,77	880,69	1.006,19	1.131,13	1.258,86	1.383,79	1.509,29	1.634,79	1.760,28	1.884,66	2.010,71	2.136,22
A 10	854,05	985,08	1.115,02	1.246,08	1.376,02	1.507,08	1.637,00	1.766,94	1.898,00	2.027,38	2.157,31	2.288,92
A 11	929,55	1.065,06	1.201,66	1.337,69	1.474,29	1.609,23	1.745,28	1.881,33	2.017,92	2.152,88	2.290,02	2.425,52
A 12	1.033,97	1.178,33	1.322,15	1.467,64	1.610,90	1.755,28	1.900,21	2.043,47	2.187,85	2.332,80	2.477,15	2.622,09
A 13, C 1 und W 1	1.137,24	1.287,17	1.436,53	1.586,48	1.736,96	1.886,32	2.036,26	2.186,20	2.336,68	2.486,04	2.636,52	2.785,90
A 14	1.242,74	1.397,67	1.552,03	1.706,97	1.863,56	2.018,49	2.173,41	2.328,34	2.483,27	2.638,20	2.793,13	2.948,61
A 15, C 2, W 2 und R 1	1.387,69	1.554,83	1.723,08	1.891,33	2.058,48	2.226,73	2.393,87	2.561,57	2.729,27	2.896,97	3.064,66	3.231,80
A 16 bis B 2, C 3, W 3 und R 2	1.466,52	1.642,55	1.818,03	1.994,06	2.171,20	2.347,23	2.522,13	2.698,72	2.874,75	3.051,89	3.227,35	3.402,85
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.466,52	1.648,10	1.833,02	2.017,37	2.201,73	2.387,20	2.570,45	2.754,25	2.939,17	3.124,08	3.307,89	3.492,79
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.615,35	1.819,13	2.024,04	2.228,39	2.432,18	2.636,52	2.841,42	3.045,23	3.250,13	3.453,36	3.658,27	3.863,17
B 8 und höher, R 8 und höher	1.729,73	1.960,74	2.191,19	2.422,19	2.653,20	2.884,20	3.114,64	3.345,64	3.575,53	3.806,54	4.037,53	4.267,97

gültig ab 1. März 2009 **Auslandszuschlag (§ 55 Absatz 4 Satz 2 1. Halbsatz BBesG)** **Anlage 13**
 - Unterkunft und Verpflegung -
 (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	450,36	531,41	613,06	695,23	777,41	859,04	940,11	1.023,40	1.103,38	1.186,66	1.267,72	1.349,92
A 9	528,64	616,36	704,12	791,84	880,69	968,43	1.056,73	1.144,46	1.231,64	1.319,38	1.408,23	1.494,30
A 10	598,05	689,66	780,76	871,81	963,43	1.055,06	1.146,69	1.237,74	1.328,27	1.418,77	1.510,38	1.601,47
A 11	649,68	746,32	840,71	936,23	1.031,19	1.126,69	1.221,65	1.317,15	1.412,67	1.507,62	1.602,58	1.697,53
A 12	723,54	824,62	926,78	1.026,75	1.127,79	1.228,31	1.329,92	1.431,00	1.532,05	1.632,57	1.733,61	1.834,69
A 13, C 1 und W 1	795,74	900,68	1.005,64	1.111,14	1.215,53	1.320,49	1.426,00	1.530,95	1.635,90	1.740,84	1.845,79	1.950,75
A 14	870,13	978,43	1.086,71	1.196,10	1.304,38	1.413,23	1.521,50	1.629,79	1.738,06	1.846,91	1.955,74	2.064,02
A 15, C 2, W 2 und R 1	971,76	1.088,93	1.206,09	1.323,27	1.440,42	1.557,04	1.675,87	1.793,59	1.910,21	2.027,94	2.145,10	2.262,81
A 16 bis B 2, C 3, W 3 und R 2	1.026,75	1.150,01	1.272,73	1.395,45	1.519,85	1.642,55	1.765,83	1.889,09	2.012,94	2.136,22	2.258,93	2.381,65
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.026,75	1.153,89	1.283,29	1.412,67	1.540,93	1.669,75	1.800,26	1.928,53	2.057,90	2.186,20	2.316,69	2.445,52
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.130,59	1.273,30	1.416,56	1.559,82	1.702,53	1.845,79	1.989,05	2.131,76	2.275,02	2.417,74	2.561,01	2.703,16
B 8 und höher, R 8 und höher	1.211,09	1.372,12	1.534,28	1.695,30	1.856,90	2.018,49	2.180,08	2.341,12	2.503,83	2.664,30	2.825,89	2.988,04

Anlage 14

Auslandszuschlag (§ 55 Absatz 4 Satz 2 2. Halbsatz BBesG)

gültig ab 1. März 2009

- Unterkunft oder Verpflegung -
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	546,96	644,70	745,19	843,49	943,43	1.042,84	1.142,80	1.242,74	1.340,49	1.440,42	1.539,26	1.639,21
A 9	642,46	749,08	855,69	962,33	1.070,06	1.175,55	1.283,29	1.389,35	1.495,96	1.602,58	1.708,64	1.815,25
A 10	725,21	836,82	947,32	1.058,94	1.169,45	1.281,06	1.391,02	1.502,07	1.612,01	1.723,08	1.834,69	1.945,20
A 11	789,63	905,68	1.021,74	1.137,24	1.252,19	1.367,69	1.484,28	1.599,24	1.715,31	1.830,80	1.946,31	2.061,81
A 12	879,03	1.001,76	1.124,47	1.246,64	1.368,79	1.491,51	1.614,80	1.736,96	1.860,79	1.982,96	2.105,11	2.228,39
A 13, C 1 und W 1	966,77	1.094,49	1.221,09	1.349,37	1.476,53	1.603,12	1.730,84	1.858,56	1.986,28	2.113,45	2.241,17	2.368,32
A 14	1.056,17	1.188,89	1.319,38	1.451,54	1.583,14	1.715,85	1.846,91	1.978,50	2.110,68	2.242,83	2.373,88	2.507,13
A 15, C 2, W 2 und R 1	1.179,43	1.321,58	1.464,30	1.607,02	1.750,29	1.892,43	2.034,60	2.177,32	2.320,02	2.462,16	2.604,88	2.747,03
A 16 bis B 2, C 3, W 3 und R 2	1.246,64	1.395,45	1.545,95	1.695,30	1.845,23	1.994,62	2.144,54	2.293,92	2.443,84	2.593,22	2.743,15	2.892,52
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.246,64	1.401,56	1.557,04	1.715,31	1.871,32	2.029,03	2.185,07	2.341,66	2.499,37	2.655,42	2.812,00	2.968,60
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.372,68	1.546,49	1.720,30	1.894,12	2.066,81	2.241,71	2.414,97	2.588,77	2.761,46	2.935,85	3.109,62	3.283,43
B 8 und höher, R 8 und höher	1.471,52	1.666,44	1.863,56	2.059,02	2.255,05	2.451,06	2.647,63	2.843,65	3.038,56	3.235,15	3.431,15	3.628,28

gültig ab 1. März 2009

Auslandszuschlag (§ 55 Absatz 5 BBesG)

Anlage 15

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1.017,86	1.190,55	1.361,59	1.534,83	1.704,20	1.876,90	2.049,60	2.222,29	2.393,87	2.564,91	2.736,48	2.909,75
A 9	1.192,20	1.376,02	1.562,03	1.744,73	1.929,10	2.112,89	2.296,68	2.482,15	2.665,96	2.849,76	3.035,23	3.219,59
A 10	1.348,25	1.539,82	1.730,84	1.921,31	2.112,33	2.303,92	2.494,92	2.686,50	2.878,63	3.068,56	3.260,14	3.451,71
A 11	1.467,64	1.667,55	1.868,56	2.068,47	2.269,48	2.470,50	2.670,41	2.870,86	3.071,88	3.272,34	3.473,36	3.673,27
A 12	1.631,45	1.843,58	2.055,13	2.266,71	2.478,27	2.689,83	2.901,41	3.113,51	3.325,10	3.536,65	3.748,22	3.959,78
A 13, C 1 und W 1	1.794,70	2.015,71	2.236,16	2.457,17	2.678,73	2.898,64	3.119,64	3.341,19	3.562,75	3.782,65	4.003,65	4.225,77
A 14	1.959,63	2.187,31	2.416,08	2.644,31	2.873,08	3.102,42	3.330,08	3.558,32	3.785,99	4.014,75	4.242,44	4.472,33
A 15, C 2, W 2 und R 1	2.190,08	2.438,84	2.687,05	2.935,27	3.182,96	3.431,15	3.679,92	3.928,14	4.176,36	4.424,01	4.671,12	4.921,00
A 16 bis B 2, C 3, W 3 und R 2	2.322,78	2.582,67	2.843,65	3.104,64	3.363,40	3.623,85	3.883,15	4.144,15	4.404,02	4.663,90	4.924,90	5.184,77
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.323,34	2.597,10	2.870,31	3.143,51	3.416,73	3.689,92	3.963,67	4.236,88	4.510,09	4.783,29	5.057,06	5.329,70
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.590,45	2.890,86	3.190,70	3.491,69	3.792,09	4.092,50	4.392,91	4.693,90	4.993,75	5.294,70	5.595,14	5.896,11
B 8 und höher, R 8 und höher	2.793,68	3.132,96	3.472,80	3.812,64	4.151,93	4.490,66	4.831,04	5.169,79	5.509,07	5.849,44		

Anlage 16

Auslandszuschlag (§ 55 Absatz 5 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro)

gültig ab 1. März 2009

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	874,03	1.018,40	1.164,99	1.309,94	1.455,99	1.602,58	1.747,51	1.894,12	2.040,14	2.184,52	2.331,67	2.475,50
A 9	1.020,62	1.175,55	1.335,50	1.490,98	1.646,99	1.803,60	1.959,63	2.115,12	2.271,71	2.428,85	2.584,88	2.741,48
A 10	1.154,45	1.318,81	1.481,52	1.645,89	1.809,14	1.971,30	2.135,10	2.297,24	2.462,16	2.624,86	2.787,57	2.951,93
A 11	1.259,41	1.429,89	1.600,35	1.771,38	1.941,86	2.112,89	2.283,37	2.454,94	2.625,43	2.795,90	2.966,93	3.137,96
A 12	1.401,01	1.579,80	1.759,70	1.939,09	2.119,00	2.297,81	2.477,72	2.657,62	2.837,54	3.016,36	3.195,71	3.375,06
A 13, C 1 und W 1	1.541,50	1.729,18	1.916,32	2.104,00	2.292,25	2.479,39	2.666,53	2.853,65	3.042,46	3.229,58	3.416,73	3.604,41
A 14	1.681,98	1.874,66	2.068,47	2.262,81	2.456,62	2.650,42	2.844,21	3.036,89	3.231,24	3.425,60	3.618,84	3.813,19
A 15, C 2, W 2 und R 1	1.880,79	2.091,23	2.301,12	2.512,14	2.723,17	2.933,62	3.143,51	3.353,41	3.564,97	3.775,43	3.985,88	4.195,79
A 16 bis B 2, C 3, W 3 und R 2	1.995,16	2.216,18	2.436,62	2.657,62	2.878,08	3.099,08	3.318,99	3.539,99	3.760,44	3.981,45	4.201,91	4.422,37
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.000,16	2.231,71	2.463,83	2.695,94	2.927,51	3.159,62	3.391,74	3.623,85	3.855,40	4.088,07	4.320,17	4.551,19
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.230,61	2.485,49	2.742,04	2.996,91	3.252,90	3.507,23	3.762,66	4.018,09	4.274,08	4.529,52	4.784,40	5.040,40
B 8 und höher, R 8 und höher	2.409,43	2.697,06	2.986,36	3.273,45	3.562,75	3.850,40	4.138,60	4.426,79	4.714,98	5.002,64		

Anlage 17
Auslandszuschlag (§ 55 Absatz 5 BBesG)
(Monatsbeträge in Euro)

gültig ab 1. März 2009

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	731,32	852,92	971,21	1.091,71	1.211,09	1.330,49	1.450,42	1.570,37	1.690,86	1.810,26	1.929,64	2.049,60
A 9	855,69	985,08	1.115,02	1.242,74	1.372,68	1.502,62	1.631,99	1.763,06	1.893,00	2.022,38	2.152,32	2.282,25
A 10	967,88	1.100,59	1.234,97	1.366,57	1.500,39	1.633,68	1.767,50	1.901,31	2.034,03	2.168,41	2.300,02	2.433,29
A 11	1.053,95	1.196,10	1.336,59	1.477,64	1.619,23	1.759,70	1.901,31	2.041,25	2.182,85	2.323,91	2.464,94	2.606,54
A 12	1.171,11	1.319,92	1.469,30	1.617,56	1.765,83	1.914,10	2.062,90	2.210,61	2.360,54	2.508,82	2.657,62	2.805,33
A 13, C 1 und W 1	1.290,50	1.442,66	1.597,03	1.750,84	1.904,66	2.057,36	2.210,06	2.364,43	2.517,70	2.670,95	2.824,78	2.978,04
A 14	1.409,34	1.568,70	1.726,96	1.885,22	2.044,59	2.203,96	2.363,31	2.521,58	2.681,51	2.840,88	2.999,13	3.158,51
A 15, C 2, W 2 und R 1	1.575,37	1.749,72	1.922,98	2.096,80	2.270,59	2.444,95	2.618,75	2.792,57	2.966,37	3.140,18	3.315,10	3.488,35
A 16 bis B 2, C 3, W 3 und R 2	1.672,54	1.854,68	2.036,26	2.219,51	2.401,09	2.583,23	2.766,47	2.948,04	3.130,19	3.311,76	3.495,56	3.677,71
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.676,98	1.868,56	2.059,59	2.250,60	2.442,17	2.633,21	2.824,78	3.015,80	3.207,37	3.398,39	3.590,52	3.781,00
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.874,11	2.084,58	2.293,92	2.504,37	2.713,71	2.923,62	3.132,96	3.343,42	3.552,76	3.762,11	3.972,58	4.181,91
B 8 und höher, R 8 und höher	2.027,38	2.265,04	2.504,37	2.742,59	2.980,25	3.219,04	3.457,25	3.694,34	3.933,68	4.172,47		

gültig ab 1. März 2009

Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG)

(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Anlage 18

Besoldungs- gruppe	nach § 56 Absatz 1 Nummer 1 BBesG												nach § 56 Absatz 1 Nummer 2 BBesG
	Stufe des Auslandszuschlags												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
alle	132,72	152,16	172,13	190,46	211,02	230,45	249,32	268,77	288,19	308,19	327,62	345,39	132,72

gültig ab 1. März 2009

Bundesbesoldungsordnung C

Grundgehaltsätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2.866,58	2.965,78	3.064,97	3.164,16	3.263,38	3.362,57	3.461,75	3.560,95	3.660,14	3.759,34	3.858,52	3.957,72	4.056,93	4.156,12	
C 2	2.872,76	3.030,85	3.188,94	3.347,04	3.505,12	3.663,21	3.821,29	3.979,36	4.137,45	4.295,53	4.453,61	4.611,70	4.769,78	4.927,87	5.085,95
C 3	3.159,23	3.338,22	3.517,23	3.696,24	3.875,23	4.054,23	4.233,22	4.412,21	4.591,21	4.770,22	4.949,20	5.128,21	5.307,20	5.486,19	5.665,19
C 4	4.001,92	4.181,86	4.361,79	4.541,73	4.721,68	4.901,62	5.081,55	5.261,47	5.441,41	5.621,35	5.801,29	5.981,21	6.161,15	6.341,08	6.521,02

Dem Grunde nach geregelt in	Dem Grunde nach geregelt in	Vorhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro	Betrag in Euro
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen	Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen		
Nummer 2b	Nummer 3	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	Die Zulage beträgt	74,75	
	für Beamte der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4				
	Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2				205,54 230,08
	Besoldungsgruppe C 2				104,32
	Fußnote 1				

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3081), zuletzt geändert am 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 262).